

«Oft stehen politische Interessen im Weg»

Weshalb gestaltet sich die Revision der Altersvorsorge in der Schweiz so schwierig?

Die dringend notwendige Revision der Altersvorsorge – sowohl auf AHV-Stufe wie auch im Rahmen der 2. Säule (BVG) – kommt schon seit einigen Jahren nicht voran. Die Prognosen der Finanzierbarkeit der beiden Einrichtungen sind derweilen mehr als düster. Was macht es denn so schwierig, zukunfts-fähige Lösungen zu erarbeiten? Im Gespräch mit Frau Ruth Humbel, Nationalrätin (CVP) und Präsidentin der Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK), erörtert Erich Meier, Partner und Leiter KPMG Kompetenzzentrum Vorsorge bei KPMG, die Risiken und Möglichkeiten zur Weiterentwicklung unseres Vorsorgesystems.

Erich Meier Wenn Sie sich an das Jahr 2000 zurückerinnern, was war damals Ihre Meinung zum Schweizer Vorsorgesystem, und wie hat sich Ihre Meinung seither verändert?

Ruth Humbel Die Zeit um die Jahrtausendwende war geprägt von einem tiefen Vertrauen in die Altersvorsorge. Wir hatten gerade die zehnte AHV-Revision erfolgreich abgeschlossen, und die elfte war bereits in der Debatte. Damals wurden die Vorsorgesysteme etwa im Fünf-jahresrhythmus an die neusten Entwicklungen der Gesellschaft angepasst. Die AHV war ursprünglich dem Familienbild des frühen 20. Jahrhunderts nachempfunden worden – mit dem Mann als Alleinernährer und der Frau, die mitversichert ist. Damals notabene noch auf Basis Frauenrentenalter 65. Die elfte Revision wollte einige Neuerungen durchsetzen, wie zum Beispiel die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre sowie die Kürzung der Witwenrente ab 45. Dass diese Revision dann auf dem politischen Parkett gescheitert ist, war

eine meiner grössten Ernüchterungen in der Politik. Und diese zieht sich seither leider durch meine Erfahrungen mit den Vorsorgesystemen. Denn seither erleben wir eine Politik der Blockade und der Eigeninteressen. Wir blicken auf 20 Jahre Stillstand zurück – mit einem entsprechend grossen Nachhol- und Handlungsbedarf.

In den letzten 20 Jahren hat sich die Lebenserwartung ja weiter erhöht, was sicherlich nicht hilfreich zur Sicherung der Altersvorsorge ist?

Unser Vorsorgesystem beruht auf einem Drei-Generati-onen-Modell; mittlerweile leben aber vier Generationen neben- und miteinander, mit zwei Rentner-Generationen – den fitten und den betagten. Die Leute werden immer älter und bleiben länger gesund und aktiv. Das führt dazu, dass sich das Vermögen in der Gesellschaft immer stärker bei den Alten konzentriert. Erbschaften werden nicht mehr an junge Familien weitergegeben, sondern oft an die Gruppe 50+ oder 60+.



Über Ruth Humbel

Ruth Humbel ist ausgebildete Primarlehrerin und Juristin. Von 1981 bis 2002 war sie als Grossrätin des Kantons Aargau tätig, seit 2003 vertritt sie den Kanton als CVP-Nationalrätin in Bern. Ihre politischen Schwerpunkte sind soziale Sicherheit, Gesundheitspolitik sowie staatspolitische Fragen. Ruth Humbel ist Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) und ist aktuell Präsidentin der Kommission. Sie ist zudem Präsidentin der Stiftung Vitaparcours, Verwaltungsrätin der CONCORDIA Kranken- und Unfallversicherung AG in Luzern und der RehaClinic AG in Bad Zurzach. Des Weiteren ist sie als Stiftungsrätin und Mitglied diverser Institutionen im Bereich Gesundheit, Therapie und Forschung tätig.

Welche Entwicklungen in den letzten Jahren stimmen Sie dennoch positiv und welche bereiten Ihnen Bauchschmerzen?

Der zweite Teil der Frage ist einfacher zu beantworten ... Die Schweizer Politik hat sich zunehmend zu einer «Betroffenheits-Demokratie» entwickelt, die das politische Klima bis heute prägt. Jede Interessengruppe verteidigt ihre Vorteile und Pfründen, das Gemeinwohl als Ganzes rückt in den Hintergrund. Erschwerend kommt hinzu, dass wir es noch nicht geschafft haben, eine Entpolitisierung von versicherungsmathematischen Parametern zu erreichen. Dass der Umwandlungssatz der Pensionskassengelder im Gesetz festgehalten wird, ist nicht sinnvoll und steht notwendigen Anpassungen aufgrund von demographischen Veränderungen im Weg. Diese Themen sind natürlich komplex und wenig populär. Daher wäre es ein grosser Wunsch, dass das Wissen zu unserem Vorsorgesystem gestärkt wird in der Bevölkerung. Gerade über die 2. Säule weiss man zu wenig. Dies kann aber nicht Aufgabe der Politik sein, hier sind auch die höheren Schulen wie Gymnasien, Lehrgänge, Arbeitgeber und Vorsorgeeinrichtungen angesprochen.

Und das Positive?

Da muss ich etwas länger überlegen ... Als positive Entwicklung kann man erwähnen, dass es uns im Bereich der Invalidenversicherung gelungen ist, einen Paradigmawechsel von der reinen Rentenversicherung hin zu einer Integrationsversicherung zu vollziehen.

Neben dem Wissen in der Bevölkerung fehlen meiner Meinung nach auch Anreize, länger zu arbeiten und dadurch die Leistungen der AHV nicht nur zu verschieben, sondern auch zu erhöhen.

Ja, das ist richtig. Der Entscheid über den Zeitpunkt der Pensionierung muss flexibler gestaltet werden – wobei es hier natürlich unterschiedliche Möglichkeiten und Bedürfnisse gibt, je nach Berufsbild. Hier müssen die Unternehmen zusammen mit ihren Mitarbeitenden frühzeitig die Bedürfnisse und Möglichkeiten aufnehmen und den Übergang in die Pension planen. Die ideale Form wird wohl bei jeder und jedem leicht anders aussehen.

Im Vergleich mit dem Ausland verliert das Schweizer Vorsorgesystem immer mehr an Boden. Das entspricht nicht unbedingt unserem Selbstverständnis. Wie konnte es soweit kommen?

Das Drei-Säulen-System, wie wir es kennen, ist grundsätzlich immer noch gut. Die Kombination von Kapitaldeckungs- und Umlageverfahren, ergänzt durch eigenverantwortliche Sparmassnahmen in der 3. Säule, ist auch im internationalen Vergleich immer noch etwas vom effektivsten. Wo wir uns derzeit und in den letzten Jahren selbst im Weg gestanden sind, ist der viel gepriesene direktdemokratische Weg. Bei Reformen, die zum Teil einschneidende und unpopuläre Massnahmen fordern, findet sich immer eine betroffene Anspruchsgruppe, die den Reformprozess wirkungsvoll verhindern kann. Da sind zentralistische Länder wie zum Beispiel Schweden agiler organisiert und können notwendige Anpassungen im System direkter umsetzen. Unser direktdemokratisches System erfordert ein viel grösseres Mass an Information, Wissensvermittlung und Verständnis in der Bevölkerung. Aber wenn das Thema Altersvorsorge zum parteipolitischen Spielball verkommt, wird es schwierig, ernsthafte und dringend notwendige Revisionen durchzubringen.

Die finanziellen Herausforderungen der 1. und 2. Säule sind immens. So könnten gemäss unseren Hochrechnungen im Jahr 2050 alleine der AHV rund CHF 20 Milliarden fehlen, beziehungsweise über CHF 400 Milliarden an Umlagedefiziten aufgelaufen sein. Wieso lösen diese Horrorszenarien keinen politischen Tumult aus?

Die Erfahrung der vergangenen Jahre hat meistens gezeigt, dass die Prognosen jeweils weit pessimistischer ausgefallen waren, als es sich in der Realität bewahrheitet hat. Das lag in jüngster Vergangenheit aber oft an der grossen Zuwanderung, sprich mehr Beitragszahlenden, kombiniert mit stabilen Kapitalmärkten. Dass diese beiden Faktoren nicht zwingend in die Zukunft extrapolierbar sind, liegt auf der Hand. Und doch scheinen die Diskussion zu diesem Thema und die Einsicht bezüglich dieser Fakten sehr schwierig zu vermitteln zu sein. Ich möchte die Leistungen der AHV nicht generell reduzieren, doch müssen wir bereit sein, gewisse unzeitgemässe Elemente zu überdenken und an heutige Umstände anzupassen. In diesem Umfeld fühle ich mich als Politikerin, die pragmatische Lösungen anstrebt, oft auch etwas hilflos.





Die Schweizer Politik hat sich zunehmend zu einer «Betroffenheits-Demokratie» entwickelt, die das politische Klima bis heute prägt.

Was braucht es, um endlich hinreichende und nachhaltig wirksame Reformen zu erzielen?

Wichtig ist nicht nur, was wir machen, sondern dass wir es so schnell wie möglich machen. Denn alle Massnahmen zur finanziellen Verbesserung der Institutionen kumulieren sich ja über die Jahre, und je länger wir zuwarten, umso drastischer müssen die Eingriffe in Zukunft sein. Als Erstes müssen wir die nächste Revision – auch wenn dagegen ziemlich sicher das Referendum erhoben wird – durchbringen. Zentral darin ist das Frauenrentenalter von 65 Jahren – das alleine wird Milliarden sparen. Anschliessend müssen wir uns mit kleinen, verdaubaren Schritten an eine generelle Erhöhung des Rentenalters herantasten, zum Beispiel ein bis zwei Monate pro Jahr. So wären wir dann in 12 bis 24 Jahren bei einem Rentenalter von 67. Zentrale Voraussetzung dafür ist indes, dass man auch als ältere Altersgruppe erwerbstätig bleiben kann. Diesbezüglich sind die Arbeitgeber gefordert. Ein weiteres Kapitel sind die Kinderrenten, vor allem bei Neu-Vätern im Rentenalter, und von denen gibt es immer mehr. Da stellt sich mir schon die Frage, inwieweit solche ergänzenden Zulagen auf bereits schon stattlichen Pensionsleistungen noch zweckdienlich und notwendig sind. Doch das ist ein heisses Eisen, das mir als bekennende Familienpolitikerin schon viel Gegenwind entgegengebracht hat...

Welches sind denn die wirklichen Interessen der Politikerinnen und Politiker, die einer zügigen Reform der Altersvorsorge offenbar im Weg stehen?

Die Parteien und die einzelnen Politikerinnen und Politiker stehen in einem Dauerwahlkampf, sprich Partei-Ideologien stehen oft vor einem pragmatischen Konsens. Und wenn ein Thema dazu noch sehr medienaffin ist,

dann wird das Verhalten einzelner Protagonisten völlig erratisch und unberechenbar. Vielleicht müsste man die Legislatur verlängern. Vier Jahre sind wohl zu kurz, um sich gewissentlich einer Problemlösung zu widmen, ohne bereits wieder die nächsten Wahlen im Fokus zu haben.

Grundsätzlich stehen uns ja primär die drei Hebel «mehr Einnahmen», «kürzere Rentenzeit» und «tiefere Renten» zur Verfügung, um die Altersvorsorge zu sanieren.

Ja, genau, das sind sicherlich die wichtigsten Ansatzpunkte, wobei jedoch eine tiefere AHV-Rente für mich nicht in Frage kommt. Einsparpotenzial orte ich aber wie erwähnt bei Faktoren wie der Kürzung der Kinderrenten sowie der automatischen Witwenrente ab 45. In der 2. Säule braucht es Verbesserungen für tiefe Einkommen, bspw. mit der Zusammenlegung von Teilzeitstellen – gerade auch bei Frauen, die verschiedene Jobs innehaben, von denen jeder einzelne oft nicht BVG-pflichtig ist. Wichtig finde ich jedoch, dass man in kleinen Schritten denkt und die Betroffenen, sprich die Stimmberechtigten, behutsam an das Thema heranführt.

Was halten Sie von der Idee, Gewinne der Nationalbank für die Sanierung der Vorsorgesysteme einzusetzen?

Da bin ich sehr skeptisch. Die Nationalbank muss ja immer wieder für viele Finanzierungsideen hinhalten, doch die Unabhängigkeit der Geldpolitik muss gewahrt bleiben. Über die Verwendung des Anteils, der dem Bund ohnehin zusteht, kann man schon diskutieren. Doch wenn man dieses Geld der AHV zuführt, fehlt es im ordentlichen Haushalt. Und der Anteil der Kantone ist ohnehin tabu...

«Vielleicht blicken wir in dreissig Jahren auf das Jahr 2020 als Krisenjahr, aber auch als Jahr der Deblockierung von verhärteten Partialinteressen zurück – und somit als Startpunkt für eine sinnvolle Reform der Altersvorsorge.

Wir laufen also mit offenen Augen auf ein riesiges finanzielles Loch zu. Wer schützt heute die zukünftigen Steuerzahlenden und die Rentnerinnen und Rentner?

Diese Frage ist im Kontext der COVID-19-Pandemie aktueller denn je. Es geht letztlich um Nachhaltigkeit im weiteren Sinne, darum, den kommenden Generationen keine unzumutbaren Lasten zu überlassen. Dann erschallt gleich wieder der Ruf nach Steuerumverteilung von Reich zu Arm. Gerade mit der neuen Zusammenstellung des Parlaments werden Bemühungen angestrebt, die zu einer Nivellierung der Gesellschaft führen sollen, obwohl in der Schweiz der Mythos der Arm-Reich-Schere, die immer weiter auseinandergeht, nachweislich nicht zutrifft. Es führt meiner Meinung nach kein Weg an vernünftigen und daher unpopulären Massnahmen vorbei. Die Solidarität zwischen den Generationen und den verschiedenen Gesellschaftsschichten darf nicht überstrapaziert werden.

Diese Vollkasko mentalität der Bevölkerung – aber auch der Wirtschaft – zeigt sich sehr deutlich auch in der COVID-19-Krise. Sobald etwas Unvorhergesehenes passiert, hat der Staat gefälligst dafür zu sorgen, dass alle durch die Krise kommen, als wäre nichts geschehen.

Richtig, deshalb stört es mich auch, dass man sich bei der Pensionierung das ganze Pensionskassenkapital auszahlen lassen und ins Ausland auswandern kann – und wenn man ausgeschossen ist, wieder in die Schweiz zurückkehren und vom Staat wieder

aufgefangen wird, sei es mit Ergänzungsleistungen, Sozialhilfe oder Pflegeleistungen. Wir wollen sicher niemanden auf der Strasse sitzen lassen, aber die Solidarität als Basis unserer Sozialversicherungen darf schon nicht fahrlässig strapaziert werden. Und da dürfen wir politisch keine falschen Anreize setzen, nur weil gewisse Kreise starkes Lobbying in diese Richtung betreiben. Eigenverantwortung darf nicht zur hohlen Floskel werden.

Was werden wir als Gesellschaft im Jahr 2050 sagen, wenn wir auf die Vorsorgepolitik im Jahr 2020 zurückblicken werden?

2020 wird in die Geschichte eingehen als das Jahr der Corona-Pandemie. Ich denke, dass sich in der Gesellschaft ein stärkeres Problembewusstsein etablieren wird. Dass ein Virus eine ganze Gesellschaft, eine ganze Wirtschaft, ja einen ganzen Planeten lahmlegen kann, konnten wir uns in der jüngeren Geschichte schlicht nicht vorstellen. Plötzlich werden die hochtrabende Globalisierung und das ungebremste Wachstum in Frage gestellt. Viele merken nun auch, dass das Geld am Ende begrenzt ist, dass es auch Grenzen für unser Tun gibt. Ich hoffe, dass diese Erfahrungen und diese Erkenntnisse den Reformdruck erhöhen, sodass wir die notwendigen Reformen in der Altersvorsorge vor diesem Hintergrund nun rascher und pragmatischer voranbringen. Von daher blicken wir in dreissig Jahren vielleicht auf das Jahr 2020 als Krisenjahr, aber auch als Jahr der Deblockierung von verhärteten Partialinteressen zurück – und somit als Startpunkt für eine sinnvolle Reform der Altersvorsorge. Ich würde es mir wünschen.

5 Fragen an Ruth Humbel

Die Interessen der folgenden Personengruppen sind wichtiger:

Heutige (Neu-)Rentner



Steuerzahlende und Rentner in 30 und mehr Jahren

«Den heutigen Rentner passiert ja nichts, die laufenden Renten sind geschützt.»

Der Bund sollte mehr Geld ausgeben für:



Bildung und Familie

«Bildung und Familie im Sinne, dass die Menschen für das Alter und für sich selbst sorgen können.»

Altersrentner

Was ist der bessere Weg zur Sanierung des Vorsorgesystems, wenn zusätzliche Einnahmen für einmal ausgeklammert werden:



Länger arbeiten

Tiefere Renten

Eine langfristige Prognose (z.B. 30 Jahre) der AHV-Rechnung ist



absolut notwendig, denn wir müssen die ungefähre Flughöhe für eine sinnvolle Planung kennen.

«Man muss ja immer mit verschiedenen Szenarien die Zukunft planen können.»

wenig sinnvoll, da die Zahlen ja nicht genau stimmen.

Die Reform der Altersvorsorge soll



das bisherige 3-Säulen-System gleichermassen stärken.

Das 3-Säulen-System ist etwas vom Besten, was es gibt, doch die 1. und 2. Säule bedürfen jetzt prioritär unserer Aufmerksamkeit.

vor allem die 1. Säule zulasten der 2. Säule stärken.